



Niederschrift

23. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport

Sitzungstermin:	Dienstag, 22.03.2022
Sitzungsbeginn:	17:30 Uhr
Sitzungsende:	18:43 Uhr
Ort, Raum:	Einstein-Gymnasium Potsdam - Mensa, Hegelallee 30, 14467 Potsdam

Anwesend sind:

Ausschussvorsitz

Herr Stefan Wollenberg DIE LINKE

Ausschussmitglieder

Frau Grit Schkölziger	SPD	anwesend ab 17:40 Uhr
Herr Jens Dörschel	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Tina Lange	DIE LINKE	anwesend ab 17:35 Uhr
Herr Clemens Viehrig	CDU	
Herr Uwe Rühling	DIE aNDERE	

zusätzliches Mitglied

Frau Sabine Becker Freie Demokratische Partei

sachkundige Einwohner

Herr Roman Böttcher	DIE aNDERE
Frau Eileen Hoffmann	BürgerBündnis
Herr Christian Porath	Freie Demokraten

Beigeordnete

Frau Noosha Aubel Geschäftsbereichsleitung 2

Vertreter der Beiräte

Herr Khalil Ehmed Migrantenbeirat

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Daniel Keller	SPD	entschuldigt
Frau Wiebke Bartelt	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt

zusätzliches Mitglied

Frau Dr.med. Carmen Klockow Bürgerbündnis entschuldigt

Vertreter des zusätzlichen Mitgliedes

Herr Wolfhard Kirsch Bürgerbündnis entschuldigt

sachkundige Einwohner

Frau Tabea Gutschmidt	CDU	nicht entschuldigt
Frau Frauke Havekost	Bündnis 90/Die Grünen	nicht entschuldigt
Herr Steve Schulz	SPD	entschuldigt
Herr Ronald Sima	DIE LINKE	entschuldigt

Vertreter der Beiräte

Herr Wolfgang Puschmann Seniorenbeirat nicht entschuldigt

Schriftführer/in:

Frau Eva Thäle

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
15.02.2022

- 3 Mitteilungen der Verwaltung

- 3.1 Aktuelle Situation Schulentwicklungsplanung - Sachstand Baumaßnahmen

- 3.2 Sachstand zu Anpassung der Integrierten Kita- und Schulentwicklungsplanung
2021 bis 2026 gem. 21/SVV/1322

- 3.3 Letter of Intent Schule Am Schloss (28)

- 3.4 Entwicklung Gemeinbedarfsstandort David-Gilly-Straße gem. 21/SVV/1302

- 3.5 Jährliche Information zum Abstimmungsverfahren der Sportstadtmittel

- 4 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Herr Wollenberg eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 15.02.2022

Zu Beginn der Sitzung sind 4 stimmberechtigte Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Ausschusses anwesend. Herr Wollenberg stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Die Tagesordnung wird von Herrn Wollenberg zur Abstimmung gestellt und einstimmig **zugestimmt**.

Er bittet um Abstimmung über die Niederschrift zur Sitzung vom 15.02.2022. Gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung gibt es keine Anmerkungen und diese wird einstimmig **angenommen**.

zu 3 Mitteilungen der Verwaltung

zu 3.1 Aktuelle Situation Schulentwicklungsplanung - Sachstand Baumaßnahmen

Herr Richter berichtet anhand einer Präsentation (**Anlage 1**).

In der anschließenden Diskussion fragt Herr Porath, ob für den Bau des Sportforums am Schlaatz die Schulwegsicherheit bezüglich Bauverkehr etc. sichergestellt sei. Herr Richter antwortet, dass ein Logistikkonzept vorliege, was den Baustellenverkehr regeln werde. Es gebe eine klare Abgrenzung, der Schulweg der Schüler*innen werde nicht gekreuzt. Herr Richter sagt zu, dass das Logistikkonzept den betreffenden Schulen Weidenhof-Grundschule (40) und Gesamtschule Am Schilfhof (49) digital durch Herrn Richter übermittelt werde sowie ans Protokoll angefügt werde (**Anlage 2**). Auch dem Stadtteilrat sei es bereits digital vorgestellt worden.

Frau Becker möchte wissen, ob eine Containeranlage in der Nähe denkbar wäre. Die Auslagerung der Schule für die Zeit der Sanierung sei momentan gemeinsam mit dem Fachbereich Bildung, Jugend und Sport in Planung. Ein präferiertes Grundstück werde aktuell geprüft. Sobald der Prozess abgeschlossen sei, werde man sich mit der Schule zum weiteren Vorgehen in Verbindung setzen und anschließend den Ausschuss informieren. Herr Richter stellt einen aktuellen Stand für die nächsten Wochen in Aussicht.

Herr Wollenberg fragt, welche Auswirkung die Bauverzögerung des Schulstandortes Waldstadt Süd habe. Herr Richter konkretisiert, dass die Verzögerungen aufgrund des fehlenden finalen Bebauungsplanes zustande

kämen. Herr Hilbert erläutert, dass man aktuell Zahlen bezüglich Corona und Flüchtlingen prüfe und hoffentlich bald Lösungswege finden könne, wie Schulplätze zur Verfügung gestellt werden könnten.

zu 3.2 Sachstand zu Anpassung der Integrierten Kita- und Schulentwicklungsplanung 2021 bis 2026 gem. 21/SVV/1322

Frau Aubel berichtet zum aktuellen Stand des neuen Gymnasiums in Bornstedt, dass die Abstimmungen mit der Schulleiterin sehr gut und produktiv laufen.

Zum Oberstufenzentrum I – Technik gebe es keinen neuen Sachstand. Der Auftrag auszuloten, wie die Struktur optimiert werden kann, bestehe, Fokus liege jedoch aktuell auf dem Gymnasium Bornstedt und der Schule am Schloss (28).

Für die Schule am Schloss (28) sei ein Bieter für die 4 Klassenräume gefunden, welcher beauftragt werde. Für die Modulanlage C sowie die Außenanlage sei jeweils ein Planer gefunden worden. Aktuell gehe man davon aus, dass alles entsprechend gelingen werde und bestmögliche Rahmenbedingungen geschaffen werden könnten.

Frau Lauffer ergänzt, dass in der Schulkonferenz in der letzten Woche die allgemeine Stimmung gut gewesen sei, da eine gute Entwicklung an allen 3 Standorten zu verzeichnen sei.

In der anschließenden Diskussion fragt Herr Viehrig, wie die Nachfrage zum neuen Gymnasium Bornstedt sei. Frau Aubel antwortet, dass man aktuell mehr Anmeldungen als Kapazitäten verzeichnen könne. Dies sei nicht zu erwarten gewesen, da man zunächst mit einem Interimsstandort starte. Die Schule sei sehr informativ und mit viel Werbung aktiv. Der Bedarf an Gymnasialplätzen in Potsdam scheine bestätigt. Es gebe eine stärkere Nachfrage als Plätze bedient werden könnten.

Frau Becker bittet um mehr Details zum Oberstufenzentrum I – Technik. Nach der Situation, dass man aus Sicht der Schule lange nicht gewusst hätte, ob es für die Einrichtung überhaupt ein Morgen gebe werde, seien alle Beteiligten nun dankbar, dass man keine Existenzängste mehr habe und einfach wieder Schule machen könne. Aktuell stehe man vor der Herausforderung, die Jugendlichen aus der Ukraine unterzubringen. Generell sei weiterhin natürlich allen Beteiligten klar, dass es einen Auftrag zur Strukturoptimierung gebe, welcher jedoch Priorität 2 nach dem neuen Gymnasium Bornstedt und der Schule am Schloss (28) habe.

zu 3.3 Letter of Intent Schule Am Schloss (28)

Frau Aubel führt aus, dass am heutigen Tage die Unterzeichnung des Letter of Intent der Schule am Schloss (28), zwischen der Schulleiterin Frau Lewerenz, dem Oberbürgermeister und Frau Aubel stattgefunden habe. Man sei bezüglich Kooperation und Kommunikation mit der ProPotsdam GmbH, welche die Schule in Krampnitz baue, in einem guten, regelhaften Austausch. Die Bedarfe würden wie geplant berücksichtigt. Der Prozess sei in Form des Letter of Intent verschriftlicht und zum Abschluss gebracht worden (**Anlage 3**).

Frau Lewerenz, Schulleiterin Schule am Schloss (28), bestätigt, dass alle maßgeblichen Dinge im Letter of Intent festgehalten worden seien und aktuell zu prüfen sei, ob alle Maßgaben umgesetzt werden könnten. Man sei mit der ProPotsdam GmbH im Gespräch. Aktuell sei man in der Planungsphase 0, in der ein Planungsbüro mit dem Planwerk befasst sei. Nächster Schritt sei ein Architekturbüro zu finden und auszuschreiben.

zu 3.4 Entwicklung Gemeinbedarfsstandort David-Gilly-Straße gem. 21/SVV/1302

In Vertretung für Herrn Jekel, kommissarischer Fachbereichsleiter Wohnen, Arbeit und Integration, informiert Herr Gessner zum aktuellen Stand anhand einer Präsentation (**Anlage 4**).

Herr Rühling fragt, was die Erweiterung der Sportanlage und des Sportfunktionsgebäudes für die Kita bedeute. Herr Gessner bekräftigt, dass die Entwicklungen unabhängig voneinander fortgeführt werden können. Zwar seien es benachbarte Flächen, aber es herrschten unterschiedliche Grundlagen für das Baurecht vor.

Die Umsetzung des Sportfunktionsgebäudes werde wie geplant geschehen, es könnten jedoch Verzögerungen entstehen. Dies bedeute unter anderem auch, dass die Situation für die Potsdam Kickers 94 e.V. zunächst noch länger bestehen bleibe.

Herr Wollenberg führt aus, dass man die Erweiterung an der Kirschallee und David-Gilly-Straße nicht getrennt voneinander betrachten könne. Der Sportplatz werde womöglich erweitert, bevor das Sportfunktionsgebäude stehe.

Herr Böttcher fragt, ob die Container in der David-Gilly-Straße bestehen bleiben. Man gehe laut Herrn Gessner davon aus, dass man die Reststandzeit wie geplant erfüllen werde und jene anschließend durch einen herkömmlichen Bau ersetzt werden sollen.

Auf die Frage von Frau Becker, ob die Gemeinschaftsunterkünfte und das Sportfunktionsgebäude in einem gemeinsamen Gebäude untergebracht sein sollen, erörtert Herr Gessner, dass dies erst in der konkreten Bauplanung entschieden und eine Detaillösung erst noch erörtert werde. In jedem Fall werden sie auf einem Grundstück untergebracht werden. Herr Böttcher weist daraufhin, dass eine gemeinschaftliche Nutzung damals beschlossen worden und sinnvoll sei. Auch Herr Viehrig verweist auf den Beschluss vom November 2021, in dem die Ertüchtigung der gesamten Sportfläche beschlossen wurde. Man müsse die Sportfunktionsgebäude im östlichen Bereich in den B-Plan mit einbeziehen. Dies sei laut Herrn Gessner vom Planungsbüro geprüft worden. Das Sportfunktionsgebäude passe nicht mehr auf das Grundstück. Man könnte das Grundstück in der David-Gilly-Straße teilen, aber dann befinde man sich in einem sehr komplizierten B-Plan-Verfahren.

Weiterhin möchte Frau Becker wissen, wie zukunftsorientiert die Bauplanung sein werde. Eine konkrete Aussage sei nur durch Herrn Jekel möglich. Herr

Wollenberg verweist jedoch auf andere Gremien, wo dieses Thema besser platziert sei.

zu 3.5 **Jährliche Information zum Abstimmungsverfahren der Sportstadtmittel**

Herr Gessner berichtet zum jährlichen Abstimmungsverfahren der Sportstadtmittel anhand einer Tabelle (**Anlage 5**).

Man musste auf eine Mittelsperre in Höhe von 8 % und eine Mittelkürzung in Höhe von 5 % reagieren. Die 13 % Einsparung wurden auf 4 verschiedene Rubriken verteilt. Unter anderem auf das Indoorturnier des 1. FFC Turbine Potsdam, welches stets im Januar stattfindet und aus Mitteln des Vorjahres finanziert werde. Bezüglich der Mittelsperre in Höhe von 8 % gehe er von einer Entsperrung durch die Entsperrungskommission aus, appelliert trotzdem an die Fraktionen, das bitte ebenfalls mitzunehmen.

zu 4 **Sonstiges**

Zum aktuellen Stand der **Beschulung der Flüchtlinge aus der Ukraine** berichtet Herr Dörnbrack, Schulrat für weiterführende allgemeinbildende Schulen, dass im Schulamt 2 Ansprechpartner*innen dafür zuständig wären. Herr Christof Kürschner, Schulrat und Koordination Migrationsangelegenheit und Frau Janet Albrecht, Sachbearbeiterin Migrationsangelegenheiten. Das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport sei dabei eine Handreichung zu erarbeiten, wie man mit den Geflüchteten in den Schulen umgehen könne. Die Bereitstellung sei in den nächsten Tagen zu erwarten. Voraussetzung zur Aufnahme an einer Schule sei die schulärztliche Untersuchung, welche durch die Gesundheitsämter und Krankenhäuser durchgeführt werden solle. Grundsätzlich sei es so, dass die Schulleitung bei freien Kapazitäten und vorhandener schulärztlicher Untersuchung, Schüler*innen aufnehmen könne. Dies mache jedoch nur Sinn, wenn grundlegende deutsche Sprachkenntnisse vorhanden seien. Sei dies nicht der Fall, wolle man für die betroffenen Kinder und Jugendlichen Willkommensklassen anbieten. Hierzu wurden durch das Schulamt bereits Abfragen zu Räumlichkeiten an Schulen abgefragt. Mit Stand vor zwei Tagen hatten sich bereits 7-8 Schulen mit einer möglichen Klassenstärke von ca. 15 Schüler*innen pro Klasse gemeldet. Frau Albrecht werde dazu mit dem Schulträger Einvernehmen herstellen. Für die Willkommensklassen gebe es bereits eine Liste mit potenziellen ukrainischen Lehrer*innen (zum Beispiel Dozenten von der Universität). Zusätzlich stehe im weiterführenden Bereich der Jugendmigrationsdienst Potsdam sowie die RAA Brandenburg (Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie) zur Verfügung.

Frau Auel ergänzt, dass man momentan nicht abschätzen könne, wie viele Kinder und Jugendliche tatsächlich beschult werden müssten und wie lange. Dies sei aktuell eine der größten Herausforderungen. Schulpflicht bestehe je nach Form der Unterbringung ab 6 Wochen bzw. 3 Monaten. Das Recht auf Schulbesuch könne bereits ab dem ersten Tag geltend gemacht werden, sofern Plätze und basale Deutschkenntnisse vorhanden seien. Aktuell prüfe man im Rahmen der Schulentwicklungsplanung, wo Schulplätze für welche Kohorten benötigt würden und Interimslösungen vorhanden seien. Die Schulen wollen

helfen, aber die Ressourcen Lehrer*innen und Räume seien begrenzt. Man stehe in enger Abstimmung mit dem Schulamt und Ministerien. Mit Stand letzte Woche gab es 12 Anmeldungen an den Schulen und 10 beim Jugendmigrationsdienst. Die Zahlen würden weiter steigen.

Herr Viehrig fragt, wie genau die Aufschlüsselung der bisherigen Anmeldung sei. Frau Aibel antwortet, dass hier die Eltern das Schulrecht in Anspruch nehmen wollen und sich daher bereits angemeldet hätten. Eine Schulpflicht bestehe noch nicht. Wenn ca. 2000 Menschen mittelfristig in Potsdam bleiben würden, könne man von zwei Dritteln Kinder und Jugendlichen ausgehen, die die Kita und Schule besuchen würden.

Herr Rühling erkundigt sich, wie das praktische Verfahren in Bezug auf die Schule nach der Ankunft der Flüchtlinge sei. Auch wenn man noch nicht wisse, ob diese in Potsdam bleiben würden. Es gebe zum jetzigen Zeitpunkt keine Residenzpflicht, erläutert Frau Aibel. Das heißt die Menschen könnten selber entscheiden, wo sie ihren Wohnort begründen und ob sie sich überhaupt registrieren lassen. Es bestehe keine Pflicht dazu. Sobald dies jedoch geschehe, werde auch die Schulpflicht einsetzen und ein entsprechendes Schreiben an die Eltern ergehen, in dem detailliert erläutert werde, wie man sich zu verhalten habe, wann welcher Automatismus einsetze, etc. Eltern könnten sich bereits eigenständig an bestimmten Stellen dazu informieren, das Schulamt werde aber proaktiv an die Familien herantreten. Frau Aibel schlägt vor, das genaue Prozedere im entsprechenden Bereich zu eruieren und die Mitglieder des Ausschusses im Nachgang zu informieren (*Nachtrag fürs Protokoll: <https://mbjs.brandenburg.de/ukraine-aktuell.html>*).